Gesetz über das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket

Vorlage des Regierungsrats vom 15. Dezember 2015	Änderungsanträge der vorberatenden Kommission vom 20. Januar 2016	Notizen
	<p>1. Der Erlass GDB 210.1 (Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 30. April 1911) (Stand 1. März 2015) wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Art. 29 Abänderung von Zweck und Organisation</p> <p>¹ Abänderungen im Zwecke (86) oder in der Organisation (85) einer Stiftung, welche unter der Aufsicht einer Gemeinde steht, erfolgen durch Beschluss des Regierungsrates. Unterliegt die Stiftung der Aufsicht des Regierungsrates, so entscheidet über diese Abänderungen der Kantonsrat.</p> <p>^{1a} Die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht ist bei Stiftungen unter ihrer Aufsicht zuständig für die Änderungen der Organisation und des Zwecks.</p> <p>² Handelt es sich um kirchliche Stiftungen, so ist die Zustimmung der zuständigen kirchlichen Behörde erforderlich.</p>	<p>^{1a} Die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht <u>Stiftungsaufsichtsbehörde</u> ist bei Stiftungen unter ihrer Aufsicht zuständig für die Änderungen der Organisation und des Zwecks.</p>	
	<p>8. Der Erlass GDB 710.1 (Baugesetz vom 12. Juni 1994) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Art. 18 Quartierplan a. Begriff und Aufgabe</p> <p>1-8 ...</p> <p>⁹ Ein Quartierplan bedarf der Genehmigung des Regierungsrates und in Fällen gemäss Art. 5 Abs. 1 Bst. b dieses Gesetzes des zuständigen Departementes, wenn innerhalb des Quartierplanareals:</p>	<p>1-8 ...</p> <p>⁹ Ein Quartierplan bedarf der Genehmigung des Regierungsrates und beziehungsweise in Fällen gemäss Art. 5 Abs. 1 Bst. b dieses Gesetzes des zuständigen Departementes, wenn innerhalb des Quartierplanareals:</p>	

Vorlage des Regierungsrats vom 15. Dezember 2015	Änderungsanträge der vorberatenden Kommission vom 20. Januar 2016	Notizen
<p>a. die Gesamthöhe von 20.0 m überschritten wird;</p> <p>b. die traufseitige Fassadenhöhe von 15.0 m überschritten wird;</p> <p>c. mehr als vier Vollgeschosse vorgesehen sind;</p> <p>d. die Gebäudelänge von 36.0 m bei zwei- und mehrgeschossigen Bauten überschritten wird;</p> <p>e. Baulinien geändert werden.</p> <p>¹⁰ Für Quartierpläne in reinen Industriezonen besteht die Genehmigungspflicht nur, wenn die Gesamthöhe von 20.0 m überschritten wird.</p>		
	<p>16. Der Erlass GDB 921.1 (Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft sowie zum bäuerlichen Boden- und Pachtrecht [kantonales Landwirtschaftsgesetz] vom 25. Januar 2008) (Stand 1. März 2008) wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Art. 3 Regierungsrat</p> <p>¹ Der Regierungsrat:</p> <p>a.-d. ...</p> <p>e. legt die Bedingungen und Auflagen zur Förderung der Arbeitsteilung in der Tierhaltung fest (Art. 10 dieses Gesetzes);</p> <p>f.-p. ...</p> <p>² Der Regierungsrat kann Vollzugsaufgaben dieses Gesetzes durch Vereinbarung an Dritte übertragen.</p>	<p>a.-d. ...</p> <p>e. legt die Bedingungen und Auflagen zur Förderung der <u>Tierzucht, des Viehabsatzes und der Arbeitsteilung</u> in der Tierhaltung fest (Art. 10 dieses Gesetzes); (=geltendes Recht)</p> <p>f.-p. ...</p>	

Vorlage des Regierungsrats vom 15. Dezember 2015	Änderungsanträge der vorberatenden Kommission vom 20. Januar 2016	Notizen
<p>Art. 4 Volkswirtschaftsdepartement</p> <p>¹ Das Volkswirtschaftsdepartement:</p> <p>a. ...</p> <p>b. setzt im Rahmen des Staatsvoranschlags und der frei bestimmbaren Ausgaben nach der Finanzhaushaltsverordnung¹⁾ die Beiträge an besonders umweltfreundliche und nachhaltige Bewirtschaftungsformen, für regionale Projekte für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen (Art. 9 dieses Gesetzes), die Beiträge zur Förderung der Arbeitsteilung in der Tierhaltung (Art. 10 dieses Gesetzes), die Beiträge zur Qualitätsförderung (Art. 13 dieses Gesetzes), die Beiträge zur Absatzförderung (Art. 14 dieses Gesetzes), die Bewirtschaftungsbeiträge (Art. 15 dieses Gesetzes) und die Kantonsbeiträge für Strukturverbesserungsmassnahmen (Art. 17 und 18 dieses Gesetzes) im Einzelfall fest;</p> <p>c.-e. ...</p> <p>² Es kann im Rahmen des Staatsvoranschlags Dritte zur Mitwirkung beim Vollzug dieses Gesetzes beziehen.</p>	<p>a. ...</p> <p>b. setzt im Rahmen des Staatsvoranschlags und der frei bestimmbaren Ausgaben nach der Finanzhaushaltsverordnung²⁾ die Beiträge an besonders umweltfreundliche und nachhaltige Bewirtschaftungsformen, für regionale Projekte für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen (Art. 9 dieses Gesetzes), die Beiträge zur Förderung der <u>Tierzucht, des Viehabsatzes und der Arbeitsteilung</u> in der Tierhaltung (Art. 10 dieses Gesetzes), die Beiträge zur Qualitätsförderung (Art. 13 dieses Gesetzes), die Beiträge zur Absatzförderung (Art. 14 dieses Gesetzes), die Bewirtschaftungsbeiträge (Art. 15 dieses Gesetzes) und die Kantonsbeiträge für Strukturverbesserungsmassnahmen (Art. 17 und 18 dieses Gesetzes) im Einzelfall fest; (=geltendes Recht)</p> <p>c.-e. ...</p>	
<p>Art. 10 Tiere</p> <p>¹ Der Kanton kann die Förderung der Arbeitsteilung in der Tierhaltung mit Beiträgen unterstützen.</p>	<p>¹ Der Kanton kann die Förderung der <u>Tierzucht sowie des Viehabsatzes und der Arbeitsteilung</u> in der Tierhaltung mit Beiträgen unterstützen. (=geltendes Recht)</p>	

¹⁾ GDB 610.11

²⁾ GDB 610.11